Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. B.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 23. **Halle a. d. Saale, Mittwoch den 28. Januar** **1891.**

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für die Monate Februar und März werden von allen Reichspostanstalten zum Preise von 2 M., für Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen zum Preise von 1,70 M. angenommen.

Neuhinzutretende Abonnenten erhalten den Anfang des eben beginnenden Romans:

„Unter der Königstanne“

gratis und franko nachgeliefert.

Die Expedition.

Ostafrika.

Im „Magazin für Literatur“ veröffentlicht Karl Peters soeben einen merkwürdigen Aufsatz unter dem Titel „Einige Gesichtspunkte für die Verwaltung der deutsch-ostafrikanischen Kolonie.“ Dr Peters gilt bekanntlich als kolonialpolitischer Heißsporn, und den Freunden der Kolonialpolitik hat er durch seine Rücksichtslosigkeit oft genug mehr Verlegenheiten bereitet als den Gegnern. Mit um so größerem Interesse kann man jetzt wahrnehmen, wie die unmittelbare und praktische Berührung mit den schwierigen ostafrikanischen Verhältnissen auch einen solchen phantastischen Schwärmer zur verständigen Klarheit und zum Maßhalten führen mußte. Wenn Peters immer so gedacht und gehandelt hätte, wie er sich in dieser Publikation giebt, dann hätte er sich und der von ihm vertretenen Sache so manche Schwierigkeit ersparen können. Aber zur Umkehr ist es ja nie zu spät, und wir nehmen keinen Anstand, zu erklären, daß die kolonialpolitischen Aufgaben in befriedigender Weise werden gefördert werden können, wenn die Gesichtspunkte, die Dr Peters jetzt aufstellt, hinreichende Beachtung seitens der maßgebenden Instanzen finden.

Karl Peters gehört zu der leider noch immer kleinen Schaar von Männern, die wirklich praktische Erfahrungen in Ostafrika gemacht haben, und deren Urtheil gehört zu werden verdient, zumal wenn es sich in so maßvoller Form ausspricht, wie es jetzt überraschender Weise geschieht. Ob es wünschenswerth ist, daß Peters eine Verwendung im Kolonialdienste findet, ist eine Frage für sich. Vielleicht machen seine jüngsten Ausführungen hie und da den Eindruck, als ob er durch seine auffallend nüchterne Beurtheilung der Lage und durch Verzicht auf alle übertriebenen Forderungen die Schranken hinwegräumen möchte, die seiner Anstellung bis dahin entgegengestanden haben. Wir wollen das nicht näher untersuchen, wir wollen die Darstellungen von Peters acceptiren, wie sie sich geben, und keine fremden Motive hineinlegen. Peters wird jedenfalls in Zukunft bei seinen jetzigen Ansichten festgehalten werden, und es wird ihm schwer werden, einen etwaigen Meinungswechsel zu rechtfertigen.

Völlig einverstanden muß man sich schon mit den einleitenden Sätzen in Peters' Veröffentlichung erklären. Es heißt da: „Man wird zugeben, daß eine gesunde Kolonialverwaltung ihr eigentliches Augenmerk ausschließlich auf die Entfaltung wirthschaftlicher Kräfte in der Kolonie zu richten hat. Eine Kolonialverwaltung, welche dies versäumt, dagegen durch einen großen Apparat dem Mutterlande dauernde Unkosten auferlegt, ohne ein Plus an Gegenwerthen zu schaffen, ist ohne jede Frage verwerflich.“ Hiergegen läßt sich wirklich nichts sagen, und es sagt gerade das, was die Mahner und Warner gegen eine deutsche Kolonialpolitik stets gesagt haben. Von Deutsch-Ostafrika erklärt Karl Peters, die Verhältnisse seien derart, „daß der Erweis, inwieweit wirthschaftliche Unternehmungen daselbst sich bezahlt machen, im einzelnen noch nicht erbracht ist.“ Auch das ist ein überraschendes Zugeständniß. Peters rechnet so: der Handel von Deutsch-Ostafrika stellt etwa 40 Proz. des gesammten Sansibarhandels dar, der auf wenigstens 40 Mill. M. berechnet wurde. Auf unsere Kolonie kommen davon wenigstens 16 Mill. M. Die Zolleinnahmen an der deutschen Küste dürfen wir auf 1,800,000 M. veranschlagen. Hiervon sind der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft 600,000 M. jährlich garantirt. Es bleiben demnach für das Reich 1,200,000 M. für das Jahr. Hiermit würde die Verwaltung zunächst zu rechnen haben. Als Grundsatz wird man aufstellen können, daß prinzipiell darauf hingearbeitet werden muß, staatliche Einnahmen aus der Kolonie und staatliche Verwaltungskosten mit der Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, so daß die Erträge von privaten wirthschaftlichen Arbeiten immer einen Ueberschuß für die Nation darstellen. Mit diesen leitenden Grundsätzen können auch wir uns und kann jedermann sich einverstanden erklären. Peters verwahrt sich dagegen, daß ein theoretisches Verwaltungssystem aufgebaut und daß dann überschlagen wird, was dies System kosten würde, sondern er will umgekehrt von den Mitteln ausgegangen wissen, die man in Händen hat, und auf deren Grundlage gefragt werden soll, wie viel an Verwaltungssystem damit beschafft werden kann. „Deckt sich dies System alsdann nicht mit den erforderlichen Pflichten des Reichs, so wird man sich zwar auch weiterhin um finanzielle Unterstützung an den Reichstag wenden müssen, um es zu vergrößern, zu gleicher Zeit aber ins Auge zu fassen haben, auf welche Weise sich die aus den Hoheitsrechten fließenden Erträge aus der Kolonie steigern lassen.“

Als die wichtigste Maßregel zur Verringerung der Ausgaben für Ostafrika bezeichnet Peters die Verminderung der Schutztruppe. Der Verfasser hält die Zahl von 1700 Mann (so groß ist jetzt die Schutztruppe) für viel zu hoch. Er erklärt die Ueberlegenheit der modernen Bewaffnung für eine so außerordentliche, daß man die Zahlenverhältnisse der gegenüberstehenden Faktoren nicht ins Auge zu fassen braucht. Im einzelnen berechnet Peters, daß eine Schutztruppe von 500 Mann vollkommen genügen würde, und daß der Etat für eine solche Truppe, die zugleich im wesentlichen die Zollverwaltung zu besorgen hätte, mit der Summe von 1 Million Mark jährlich zu bestreiten wäre. Zu dieser Summe käme noch $1/2$ Million für die Civilverwaltung hinzu. Peters hält es für durchführbar, diesen Betrag von $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark aus der Kolonie selber zu erzielen, einmal durch die Steigerung der Zollerträge, „welche durch gewissenhafte Verwaltung und Verbesserung der Verkehrswege und des dadurch wachsenden Handelsumsatzes anzustreben ist,“ sodann aber durch eine maßvolle und rationelle Besteuerung der eingeborenen Bevölkerung. Diese Besteuerung wäre nun freilich eine heikle Sache, aber Peters hält sie für durchführbar, und er will auch keine Steuerzahlung in Geld, sondern in Landesprodukten, bald in Vieh, bald in Elfenbein, bald in Gummi ꝛc., oder auch in Form eines gewissen Maßes von Arbeitsleistung. Die Verwaltung würde nach seiner Meinung hinreichend Gelegenheit haben, die Steuererträge gleich an Ort und Stelle in Baargeld umzuwandeln.

Für die Aufgabe der Reichsverwaltung gegenüber den Kolonien stellt Peters einige beachtenswerthe Gesichtspunkte auf. Die Verwaltung der Kolonien soll nach seiner Ansicht „nichts sein als ein Apparat, um es möglich zu machen, gewinnbringende Unternehmungen für das Mutterland durchzuführen. . . . Der Befolgung dieses Grundsatzes danken alle englischen Kolonien sowie die holländischen ihr Emporblühen. Man wird . . . aussprechen dürfen, daß eine Kolonial-Verwaltung um so gesunder ist, je weniger man sie überhaupt verspürt. . . . Sonst kann es leicht eintreten, daß sie mehr schadet als nützt. . . . Die Verwaltung soll den wirthschaftlichen Unternehmungen mit ihrer Unterstützung folgen, nicht aber diesen ihre Bahnen verschreiben.“ Folgerecht will Peters den Missionen, sowohl den katholischen wie den protestantischen, die freieste Hand lassen. „Will man für die protestantischen Missionen etwas thun, so liegt das Mittel dafür nicht auf staats-, sondern auf privatrechtlichem Gebiete. Man sorge dafür, daß die protestantischen Missionen in Ostafrika ebenso viel Mittel oder mehr als die katholischen zur Verfügung haben, dann werden sie auch die Konkurrenz mit diesen nicht zu fürchten haben.“

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 26. Jan. Der Kaiser empfing gestern nachmittag den Erzherzog Eugen von Oesterreich-Ungarn, sowie den Herzog von Genua, welche kurz zuvor eingetroffen waren. Um $5\frac{1}{2}$ Uhr fand im königlichen Schlosse ein Mahl von 30 Gedecken statt. Abends wohnte Se. Maj. der Vorstellung im Berliner Theater bei, zu welcher auch der Erzherzog Eugen von Oesterreich-Ungarn, sowie der Herzog von Genua nebst Gemahlin erschienen waren. Heute vormittag empfing der Kaiser den Staatsminister v. Boetticher und darauf den Unterstaatssekretär des Aeußeren Frhrn. v. Marschall zu kurzen Vorträgen. — Im Königlichen Schlosse wurde heute die Taufe des jüngstgeborenen Kaiserlichen Prinzen vollzogen. Vier Brüder des jungen Täuflings sind im Stadtschlosse zu Potsdam, der Kronprinz im Neuen Palais getauft. Das Gemach, welches heute als Taufsaal diente, ist das Speisezimmer der Kaiserlichen Familie, das zu einer Kapelle umgewandelt war. An der einen Schmalseite war der mit Purpursammet und einem goldgestickten Antependium bekleidete Altar errichtet, überragt von dem purpursammetnen Thronhaldachin aus dem Weißen Saale. Auf dem mit Purpursammet bekleideten Tauftisch vor dem Altare war das alte silbervergoldete Taufgefäß aufgestellt, aus welchem auch unsere drei Kaiser getauft sind, und daneben das aus schlesischem Golde gefertigte Becken mit Kanne, das bei der Taufe des Kaisers Friedrich zum ersten male in Anwendung gekommen. Grüne Gewächse und Blumen umgaben von allen Seiten die Altarstätte. Inmitten dieser frühlingsgleichen Umrahmung erschien J. M. die Kaiserin, von ihrem Gemahl bis zu der Taufstelle geführt, wo die hohe Frau sich an der rechten Seite des Altars auf einen Sessel niederließ. Das Haupt bedeckte ein Häubchen von Spitzen, das bekanntlich bei der heiligen Handlung von allen Taufmüttern des preußischen Königshauses getragen wird. Von weißem Atlas war das Kleid, an den Aermeln und am Halse geschlossen. In der Umgebung der Mutter befanden sich die älteren Söhne des Kaiserlichen Paares. An der Seite der Kaiserin nahm die Kaiserin Friedrich Platz. Die Mitglieder der Königlichen Familie, sowie die Gäste hatten sich im Vortragszimmer des Kaisers versammelt und nahmen von hier unter Vortritt des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen zu Eulenburg ihren Eintritt in das Taufzimmer. Den Altar umstand die Geistlichkeit mit dem stellvertretenden Schloßpfarrer, Konsistorialrath Dryander, welcher den Taufakt zu vollziehen hatte, in der Mitte. Als sämmtliche Herrschaften unter dem großen Vortritt in das Taufzimmer eingetreten und sich im Halbkreise um den Altar gruppirt hatten, wurde der Täufling, den die Leibpagen des Kaiserpaares in das Audienzzimmer geleitet hatten, aus diesem, geführt vom Grafen A. Eulenburg, durch die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff bis vor den Altar der Taufkapelle getragen; die Hofdamen Gräfin v. Keller, Fräulein v. Gersdorff und Gräfin v. d. Schulenburg hielten die Schleppe des Täuflings, Oberhofmeister Freiherr v. Mirbach schloß den Zug. Bei Beginn der Taufhandlung überreichte die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff den Täufling der Prinzessin Margarethe, um mit demselben vor den Altar zu treten. Nachdem die Klänge einer Hymne den Raum durchklungen, begann Konsistorialrath Dryander die heilige Handlung. Als Textwort verlas der Geistliche die Worte aus 1. Joh. 3, 1: „Sehet, welch' eine Liebe hat uns der Vater erzeiget, daß wir Gottes Kinder sollen heißen.“ An den Taufstuhl um den Täufling waren die Pathen bezw. ihre Vertreter herangetreten: Kaiser Franz Josef von Oesterreich, vertreten durch den Erzherzog Eugen, König Humbert von Italien, vertreten durch den Herzog von Genua, Königin Emma der Niederlande, vertreten durch den Vice-Admiral Jonkheer von Capellen, die verwittwete Großherzogin Marie von Mecklenburg, der Herzog von Edinburg, der Herzog und die Herzogin von Connaught, vertreten durch den Botschaftsrath Mr. French, die Herzogin Wera von Würtemberg, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, vertreten durch die Prinzessin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein, Prinzessin Margarethe von Preußen und Generalfeldmarschall Graf Moltke. Im Moment der Taufe übernahm die Großherzogin Marie von Mecklenburg den Täufling und überreichte diesen dem Kaiser. Mit den Weihworten des Sakramentes sprach der Geistliche die Namen: Joachim, Joseph, Humbert. Abermaliger Gesang bildete den Schluß der Feierlichkeit, worauf der Geistliche die Kaiserin und den Täufling feierlich einsegnete. Nach Schluß der heiligen Handlung überreichte die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff den Prinzen der Kaiserin, welcher die sämmtlichen Familienmitglieder und Pathen nahten, um die erlauchte Mutter zu beglückwünschen, im Audienzzimmer nahm dann Ihre Maj. von den anderen Taufzeugen eine Defilircour entgegen. — Später fand im Weißen Saale aus Anlaß der Tauffeier ein Festmahl statt. Die Mehrzahl der Gäste war bereits im Saale erschienen und hatte sich an ihre Plätze begeben, als der Eintritt der Pagen das Nahen des Hofes verkündigten. Der Kaiser, in der Uniform des 1. Garde-Regiments mit der Kette des Schwarzen Adlerordens, der Kette des Hohenzollernschen Hausordens und der Kette des Annunciaten-Ordens sowie der Dekoration des Serafinen-Ordens, führte seine erlauchte Mutter, die Kaiserin Friedrich. Als zweites Paar erschien Erzherzog Eugen mit dem breiten Bande des Schwarzen Adlerordens, den ihm heute der Kaiser verliehen, und die verwittwete Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin. Der Herzog von Genua führte die Herzogin Wera von Würtemberg. Der Nachbar der russischen Großfürstin war Prinz Heinrich; neben diesem saß Prinzessin Albrecht ꝛc. Weiter folgten Graf Moltke ꝛc. An der Tafel nahmen auch der Reichskanzler v. Caprivi, Feldmarschall Graf Blumenthal, Fürst Radolin theil. Gegen das Ende der Tafel erhob sich der Kaiser und sprach: „Ich trinke auf das Wohl Se. K. H. des Prinzen Joachim von Preußen!“ — Aus Hofkreisen verlautet, daß der Kaiser vom Kaiser von Oesterreich eine Einladung zur Theilnahme an den diesjährigen österreichischen Herbstmanövern erhalten und angenommen habe.

□ **Berlin,** 23. Jan. Die aus dem welfischen Lager bediente legitimistische „Liberta Cattolica“ erfährt aus der Umgebung des Herzogs von Cumberland, daß Preußen entgegen gewissen Gerüchten weniger als je geneigt sei, den Welfenfonds seinem früheren Besitzer zurückzugeben. Irgend welche ernsthafte Unterhandlungen darüber seien bis jetzt mit dem Herzog darüber nicht gepflogen worden. Selbst Herr Windthorst habe nachgerade einsehen müssen, daß an eine Restituirung nur unter Voraussetzungen unerfüllbarer Art zu denken ist.

?? **Berlin,** 26. Jan. Ueber den in Kürze bevorstehenden Rücktritt des kommandirenden Generals v. Lesczynski schwirren hier die widersprechendsten Gerüchte durch die Luft. Während von der einen Seite daran festgehalten wird, daß derselbe sich schon seit Jahr und Tag mit der Absicht trägt, sich ganz der Verwaltung und Bewirthschaftung seiner Güter zu widmen, will man andererseits behaupten, diese keineswegs freiwillige Entschließung sei lediglich als die Wirkung recht peinlicher Ursachen aufzufassen, sofern der General durch bestimmte Vorgänge das Wohlwollen des Kaisers verscherzt und seine Stellung auf die Dauer unhaltbar gemacht habe. Es handelt sich bei dieser Auslegung bekanntlich um den Besuch, welchen die Fürst Bismarck'sche Familie ihm unlängst in Altona abgestattet hat. Trotz umfassender Umfragen aber hat sich für die Richtigkeit dieser Unterstellung keinerlei greifbare Unterlage ermitteln lassen. Derselben Mittheilung, welcher heute hiesige Lokalblätter ihre Spalten öffnen, sind wir übrigens bereits vor Wochen in der ausländischen Presse begegnet; ein Umstand, durch welchen ihre immere Glaubwürdigkeit gewiß nicht gesteigert wird.

* Aus sicherster Quelle erfährt die M. Z., daß alle Vermuthungen, welche an die Einrichtung des Abschiedsgesuches des Generals v. Leszinski geknüpft werden, völlig grundlos sind. Der General hat im Dezember v. J. bereits seinen Abschied eingereicht und die Bewilligung desselben durch den Kaiser war nach langen Verhandlungen bereits erfolgt, als das Fest des Generals in Altona stattfand, bei welchem Fürst Bismarck erschienen war. Dies Fest und die Einladungen dazu stehen also, wie das Blatt verbürgt melden kann, außer jedem Zusammenhange mit dem Rücktritt des Generals; dieser ist lediglich durch die Privatverhältnisse des Generals bedingt, da der General seine Güter in Schlesien, welche bisher verpachtet waren, in eigene Verwaltung zu nehmen wünscht, wozu denn auch noch thatsächlich der Umstand kommt, daß seiner Gattin das Klima in Altona nicht zusagt.

dd **Berlin,** 26. Jan. Wie die römische Kurialpresse mittheilt, hat Dr. Windthorst an den Papst ein Schreiben gerichtet, worin er ihm für die durch den Kardinal-Staatssekretär übermittelten Beglückwünschungen dankt und die Hoffnung ausspricht, die letzten Jahre seines Lebens dem Dienst der Kirche und dem Vaterlande widmen zu können. Der genaue Wortlaut des Briefes ist noch nicht veröffentlicht worden.

Aus den jüngsten Ausführungen des Ministerpräsidenten v. Caprivi bei der Berathung der Sperrgeldervorlage im Abgeordnetenhause war von besonderem Interesse die Mittheilung, daß eine bischöfliche Eingabe in betreff der Schulfrage von der Regierung habe zurückgewiesen werden müssen. Man wird daraus die Hoffnung schöpfen dürfen, daß wenigstens auf dem Gebiet der Schule die Regierung Festigkeit genug besitzt, um die ultramontanen Ansprüche zurückzuweisen. Es ist bezeichnend, daß in einem Augenblick, wo mit der Sperrgeldervorlage wieder ein Beweis des weitgehendsten Entgegenkommens geliefert wurde, die ultramontane Partei mit gesteigertem Eifer die Schulfrage in den Vordergrund schiebt. Das katholische Volk soll und darf eben nicht zur Ruhe kommen und sich dem freudigen Gefühl hingeben, als sei der kirchliche Friede hergestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910128010/fragment/page=0001

Dem zwischen der Staatsregierung und den Vertretern der konservativen Parteien abgeschlossenen Kompromiß über die §§ 2 und 126 der Landgemeinde-Ordnung sind nunmehr auch die Nationalliberalen beigetreten. Die vereinbarte Fassung beider Paragraphen wird demgemäß für die zweite Lesung der Vorlage in der Kommission als gemeinsamer Antrag der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Mitglieder eingebracht werden.

Die Lage der Reformgesetze im Abgeordnetenhause ist zur Zeit folgende:

Das Einkommensteuergesetz ist bis auf die Wahlfrage in zweiter Lesung kommissionsseitig vollendet; letztere wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag zum Abschluß gelangen. Der Bericht wird inzwischen vorbereitet, so daß die Vorlage Mitte Februar im Plenum in zweiter Lesung berathen werden kann. Nicht ausgeschlossen erscheint es freilich, daß der Abschluß sich um einige Zeit verzögert, falls etwa der Wahlrechtsparagraph in den für Verfassungsänderungen vorgesehenen Formen beschlossen werden muß. Auch in diesem Falle würde aber das Herrenhaus nach seiner bisherigen Praxis die Vorlage in der 21tägigen Frist zwischen der ersten und zweiten Abstimmung kommissarisch vorberathen lassen können.

Das Gewerbesteuergesetz ist in der Kommission ganz durchberathen, der Bericht wird in naher Zeit erstattet werden können, so daß diese Vorlage vielleicht noch vor der Einkommensteuervorlage im Plenum zur Berathung gelangen wird. Bei beiden Vorlagen sind zwar Eingeländerungen im Plenum nicht ausgeschlossen, die Stimmenverhältnisse in der Kommission berechtigen aber zu der Erwartung, daß wesentliche, der Regierung unannehmbare Abweichungen von den Kommissionsvorschlägen nicht beschlossen werden dürften.

Die Landgemeindeordnung ist in der Kommission in erster Lesung abgeschlossen. Die Beschlüsse sind redigirt, der Bericht wird vorbereitet. Wie wir bereits andeuteten, ist eine volle Verständigung zwischen der Regierung und den konservativen Parteien über die strittigen §§ 2 und 126 erzielt. Auch die Plenarberathung dieser Vorlage, welche sich wohl unmittelbar an die der Steuergesetze anschließen wird, dürfte somit wesentliche materielle Schwierigkeiten nicht bieten.

Die Berathung des Volksschulgesetzes endlich ist zwar noch weiter zu fördern, allein die schwierigsten Abschnitte, das Verhältniß der Schule zur Kirche und das Verhältniß der Staatsaufsicht zur kommunalen Selbstverwaltung sind mit großer Mehrheit festgestellt, der erstere auf der Grundlage der Regierungsvorlage, der zweite auf Grund des von der Staatsregierung angenommenen Planes einer Decentralisation der Schulaufsicht, welcher vom Abg. von Zedlitz bei der Generaldebatte entwickelt und unter dessen Beirath inzwischen gesetzgeberisch ausgearbeitet worden war. Durch die Einschätzung einer Kreisschulbehörde, welche in den Großstädten und in den Städten mit über 10,000 Einwohnern organisch mit den kommunalen Selbstverwaltungsorganen verbunden werden soll, wird diesen die bisherige Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Volksschule erhalten und für die Kleinstädte und das platte Land eine mit den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen vertraute Aufsichtsinstanz geschaffen. Noch stehen einige wenige Fragen aus, vor allem die Ernennung der Lehrer und die Beschaffung der zur Durchführung des Gesetzes unerläßlichen Geldmittel. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch das Volksschulgesetz noch in dieser Tagung des Landtages zum Abschluß gelangt.

* Die Sperrgeldergesetzkommission wird am Mittwoch gewählt werden und dann unverzüglich ihre Arbeiten beginnen. Es wird wohl auf allen Seiten Neigung bestehen, die Entscheidung rasch herbeizuführen, und man wird daher einem baldigen Abschluß der Kommissionsberathung entgegensehen dürfen. Von konservativer Seite soll versucht werden, noch einige Verbesserungen, wozu die vorjährige Vorlage einen Anhalt geben würde, durchzusetzen, insbesondere die Verwendungszwecke im Gesetz einigermaßen festzulegen. Indessen wird man diesen Bemühungen ziemlich skeptisch entgegensehen müssen, zumal nach allgemeiner Ueberzeugung ein für das Zustandekommen des Gesetzes genügend großer Theil der Partei nöthigenfalls auch für die unveränderte Vorlage zu stimmen sich entschließen würde. Die Deutschfreisinnigen nehmen den Gesetzentwurf an wie er vorliegt.

---

* Auch in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission ist ein Beschluß über die Einführung von Dienstaltersprämien für Unteroffiziere noch nicht erfolgt. Nachdem Major Gaede die Bedenken gegen die Vorlage eingehend beleuchtet und namentlich den Vorschlag, durch Anstellung von Feldwebel-Lieutenants den Unteroffizieren die Offizierscarrière zu eröffnen, für unausführbar erklärt, weil der Geist des Offizierscorps, wie er jetzt vorhanden, erhalten bleiben müsse, führte der Kriegsminister General v. Kaltenborn aus, er habe diese Forderung aus dem vor seinem Eintritt aufgestellten Etat aus voller Ueberzeugung übernommen. Der Dienst der Offiziere werde durch den Mangel an Unteroffizieren, der allgemein anerkannt sei, sehr erschwert. Zweifel könnten nur darüber bestehen, ob nur durch Prämien Abhilfe geschaffen werden solle oder durch sonstige Mittel. Die Beseitigung des Mangels sei von größter Wichtigkeit für die Schlagfertigkeit der Armee. Abg. Singer gegen, Abg. Hahn für die Prämien. Abg. Sperlich (Centr.) bleibt bei der Ablehnung stehen. Der Zweck werde auf diesem Wege doch nicht erreicht. Von der Besserung der Civilgehälter erwarte er viel, man müsse demnach einige Jahre abwarten. Die eigentlichen Ursachen des Mangels an Unteroffizieren seien der schwere Dienst und die schlechten Aussichten im Civildienst. Darauf wird die Berhandlung vertagt.

In betreff der deutsch-östereichischen Vertragsverhandlungen will die wiener „Montagsrevue" wissen, Deutschland habe sich mit einer Ermäßigung des Getreidezolls von 5 auf 3½ Mark event. einverstanden erklärt.

* In Bezug auf die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Gnesen-Posen will die „Ostdeutsche Presse" aus sicherster Quelle erfahren haben: Den Stuhl des heiligen Adalbert besteigt ein Pole, welcher der Regierung Garantie bietet, „daß er seine Stellung nicht zu polnischer Propaganda mißbraucht." Es kämen nur noch zwei Kandidaten in Frage: Divisionspfarrer Dr v. Mieczkowski-Danzig und Probst Graf Poninski-Kościelec (Provinz Posen). Einer von diesen beiden werde bestimmt Erzbischof. Der Papst habe der preußischen Regierung die Wahl zwischen beiden Kandidaten überlassen.

Einen Brief Emin Pascha's an Dr Karl Peters theilt die N. A. Z. mit; derselbe datirt Bussisi, 10. Okt. 1890, und enthält folgendes:

Nachdem wir Sie in Mpwapwa verlassen, hatten wir einige kleine Gefechte mit den Wahumba, die uns belästigten und dafür einige Kühe los wurden, und zogen dann durch Ugogo, wo Sie uns ja vorgearbeitet, unbehelligt unserer Wege. Herr v. Bülow wurde hier so krank, daß er den ganzen Weg getragen werden mußte. In Ilindi trafen wir Mons. Wininbar und Père Hauteceur auf ihrem Wege zur Küste, und Mons. rieth zu einer baldigen Regulirung der Angelegenheiten in Tabora. Da nun außerdem von dort Briefe eingetroffen, die mich zu kommen aufforderten, gingen wir hin, schlossen mit den Arabern einen Vertrag, hißten die Flagge und nahmen zwei Kanonen mit Munition, sowie einiges Elfenbein an uns. Von Tabora sandte ich Lieut. Langheld nach Uramba, wo unser Verbündeter, der Nachfolger Miramba's, im Gefechte gegen die Wangani getödtet worden war; ich selbst wollte folgen und wir dann die Wangani vertreiben. Da kamen Briefe von Utumbi, nach denen man jeden Tag die Massacres der französischen Missionare in Uganda erwarten könne, und die mich baten, eiligst zu kommen. Ich sandte deshalb Verstärkungen an Lieut. Langheld, ließ Herrn v. Bülow in Station Uramba, und ging selbst über Ujuf hieher, wo ich am 27. Sept. anlangte und seitdem mich allgemein nützlich zu machen suche. Wir haben im Lande einigermaßen Ordnung geschaffen, die Slavenjäger aus Nassamo vertrieben und waren bereit, nach Uganda zu gehen, wo jedenfalls, reich an Stoffen und Waffen, wir mit offenen Armen wären aufgenommen worden. (Die Nachrichten von den englisch-deutschen Abmachungen bedingten andere Dispositionen. Red.) Der Elfenbeinertrag der Aequatorialländer Unyoro Nkoles, der Wakidi und Ussoyas geht nun statt nach Sansibar nach Kawirondo. Wenn nicht sofort eine Station nahe bei Kawirondo angelegt wird, etabliren sich die englischen Missionare wieder in Nassa und das ganze östliche Gebiet wendet sich ebenfalls dorthin: was bleibt aber für Deutschland? Karayui will ich schon haben, selbst wenn Sir Francis de Winton mit Sultoten kommt, aber ist damit viel gethan?

Kommen also Sie zur Hilfe und schaffen uns wenigstens ein Boot auf den See, an dem wir jetzt stehen und warten, bis Stanley einen englischen Dampfer sendet — und das wird nicht lange dauern.

Verzeihen Sie mir die Formlosigkeit dieser Notizen; nur das Gefühl, daß Sie der Einzige sind, der für hiesige Verhältnisse Verständniß und Theilnahme besitzt, treibt mich dazu, Sie überhaupt mit solcher Jeremiade zu behelligen. Sie werden schwer genug am Mißlingen Ihrer Wünsche zu tragen haben und deshalb keine weiteren Belästigungen wünschen.

P. Courdel ist todt. Migr. Hirth war sehr krank, ist aber besser. Ihren Galla-Knaben habe ich noch nicht gesehen, obgleich ich den mir freundlichst gegebenen Brief abgab.

In wenigen Tagen gehe ich zu Makongo und lege dort eine Station an; von dort besuche ich den König von Karayui.

Die „Köln. Volksz." veröffentlicht einen vom 4. Okt. 1890 vom Südufer des Viktoria-Sees datirten Brief des Missionars Schynse, welcher der Expedition Emin Paschas zum Viktoriasee vorauszog. In dem Briefe werden die Verwüstungen erwähnt, welche die Wangoni in ganz Unyamwesi anrichteten. Schynse schreibt, daß der Marsch unter deutscher Flagge ohne Schwierigkeiten auch dort vor sich gehe, wo derselbe früher große Opfer forderte, und daß die Häuptlinge sich überall zuvorkommend betrügen.

---

* Der „Times" berichtet man aus Rangun, Deutschland bemühe sich, von dem König von Siam die Abtretung eines Hafens und eines Gebietsstreifens auf der malayischen Halbinsel zwischen Penang und der Südgrenze Birmas zu erlangen; das abzutretende Gebiet solle die Insel Salanga oder Junk Seylon an der Westküste der malayischen Halbinsel umfassen, der deutsche Einfluß nähme beständig in Bangkok zu.

---

* Gleich den Reichstelegraphenanstalten sind auch die in den Hochwassergebieten liegenden preußischen Eisenbahntelegraphenanstalten angewiesen worden, für die Zeit des Hochwassers Nachtdienst einzurichten und Hochwassertelegramme anzunehmen und weiter zu befördern.

---

* Aus Berlin schreibt man uns: Das bei J. Luckhardt erschienene, stark sensationell zugestutzte Buch über die in der Kaiserlichen Kriegsmarine herrschenden Zustände wird in den betheiligten Fachkreisen keineswegs ernst genommen. Dem überaus konfusen Inhalte nach zu schließen, erachtet man es vielmehr als den Niederschlag gewisser Verstimmungen, welche sich schon Mitte der achtziger Jahre in bestimmten politischen Sphären durch allerlei kritische Einwendungen und Angriffe geltend machten. Die Thatsächlichkeit der von dem anonymen Autor gerügten Mißstände wird allgemein bestritten. Nichtsdestoweniger aber dürfte das Buch hier und im Auslande noch zu lebhaften polemischen Auseinandersetzungen Anlaß geben.

---

* Die deutsche Botschaft in Konstantinopel benachrichtigte die Pforte, daß die dreizehn jungen türkischen Offiziere, welche nach Deutschland zur Vervollkommnung ihrer Ausbildung gesandt worden, in verschiedenen Armeecorps als Lieutenants eingrangirt wurden.

** Dresden, 26. Jan. Der König machte dem Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz als Auszeichnung sein Porträt zum Geschenk. Der Staatsminister Graf v. Fabrice veranstaltete zu Ehren des scheidenden Kollegen ein Diner, an welchem sämmtliche Staatsminister, die Mitglieder des diplomatischen Corps sowie der zukünftige Minister des Innern, v. Metzsch, theilnahmen.

** Hamburg, 26. Jan. Der Fürst und die Fürstin Bismarck waren am Sonnabend einer Einladung des Bürgermeisters Dr. Versmann zum Diner gefolgt.

** Braunschweig, 26. Jan. Die Generalkommission der hiesigen Sozialdemokraten hat beschlossen, in diesem Jahre von einer Feier des 1. Mai abzusehen, dagegen eine solche am ersten Sonntage im Mai zu veranstalten.

** Berlin, 26. Jan. S. M. Kreuzer „Sperber," Kommandant Korvetten-Kapitän Foß, ist vorgestern in Sydney eingetroffen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

52. Sitzung vom 26. Jan., 1 Uhr.

Das Haus setzt die Etatsberathung mit dem Etat des Reichsschatzamts fort.

Zu demselben liegt der Antrag Richter vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die den Reichsbeamten bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb ihres Wohnortes zustehenden Fahrkosten derart zu regeln, daß für Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die für die Fahrkarten thatsächlich verausgabten Beträge vergütet werden.

Abg. Richter (dfr.): Ich habe den vorliegenden Antrag bereits bei der ersten Berathung des Etats angekündigt. Die Sätze, welche gegenwärtig im Reiche und in Preußen maßgebend sind für Vergütung der Reisekosten auf Eisenbahnen und Dampfschiffen, sind normirt worden im Jahre 1848, also zu einer Zeit, wo die Verkehrs-Verhältnisse ganz anders wie heute lagen. Die Eisenbahnen bildeten damals nicht, wie heute, die Regel für die Ausführung der Reise, sondern waren erst streckenweise vorhanden. Die Reisen beanspruchten infolgedessen damals mehr Zeit, es mußte mehr Gepäck mitgeführt werden, und die Fahrkosten waren auf diese Weise hohe. Die Einrichtung der Rückfahrkarten und Rundreisebillets, durch welche die Fahrkosten erheblich ermäßigt werden, war zu jener Zeit noch nicht bekannt. Gleichwohl ist der damals zugrunde gelegte Satz von 10 Silbergroschen für die Meile bis jetzt beibehalten worden. Man hat ihn nur auf den Kilometer übertragen, so daß statt 1 Mk. für die Meile 13 Pf. für den Kilometer gezahlt werden. Diese Vergütung übersteigt aber ganz außerordentlich den Betrag der wirklichen Fahrkosten. Denn nach den preußischen Normativbestimmungen betragen die Schnellzugspreise zweiter Klasse pro Kilometer 6,69 Pf. und erster Klasse 9 Pf., so daß allo bei der Benutzung der zweiten Klasse 6,31 und bei der ersten Klasse 4 Pf. pro Kilometer erspart werden. Dazu kommt die Ersparniß durch Benutzung von Rundreise- und Retourfahrkarten, die in der größten Zahl der Fälle seitens der Beamten und Offiziere bei den Dienstreisen stattfindet. Ich habe schon erwähnt, daß für eine Reise von Berlin nach Köln 144,50 M. vergütet werden, während das Retourbillet zweiter Klasse nur 60 M. kostet. Hier werden also schon 84,50 M. erspart. Es handelt sich hier um keine Pfennigfrage, sondern, wenn man die Konsequenz für alle Etats zieht, summiren sich diese Mehrbeträge meines Erachtens nach Millionen.

Mein Antrag will die Tagegelder nicht verändern. Diese sind erst 1875 erhöht worden. Hier werden zwar auch die Tagegelder bezahlt ohne Rücksicht darauf, ob Nachtquartiere benutzt werden oder nicht, sodaß derjenige, der nach Mitternacht zurückkehrt, für zwei Tage dieselben beanspruchen kann, ohne daß er deshalb erhebliche Auslagen zu machen braucht. Notorisch kann in der Regel auch an den Tagegeldern erheblich gespart werden. Hier handelt es sich aber zunächst um das Nächtliegende, die Herabsetzung der Fahrgelder. Ich bin der Meinung, daß es sich nicht blos bei denselben um eine direkte Ersparniß handelt, sondern daß das Plus der Vergütung für die Fahrt gegenüber den wirklichen Kosten geradezu eine Prämiirung für die Zahl der Dienstreisen und für die Für die Reichskasse kostspieligste Art der Vertheilung der Dienstreisen bedeutet. Man soll dem Antrag nicht entgegenhalten, daß er verhindere, daß die Beamten sich im Lande umsehen. Der Umfang der Dienstreisen ist im allgemeinen ein feststehender. Man hat niemals behauptet, daß die Eisenbahnbeamten, weil sie keine Kilometergelder beziehen, deswegen ihre Dienstreisen vernachlässigt hätten. Die Unterbeamten wissen sehr genau zu unterscheiden, wie weit die Dienstreisen gerechtfertigt sind oder nicht; denn sie haben ein sehr scharfes Auge dafür, wenn die Beamten darauf ausgehen, aus Dienstreisen einen besonderen Vortheil zu ziehen. Auch das ist geeignet, den Gesammtverhältnissen der Beamten zu schaden. Eine Aenderung herbeizuführen, ist um so nothwendiger, als eine Herabsetzung der gesammten Personentarife stattfinden soll. Hier ist also Gelegenheit, die damals bewilligten Dienstreisengelder herabzusetzen. (Beifall links.)

Abg. Hahn (k.): Wir stehen im Prinzip auf dem Boden des Antrages. Auch wir wollen die Dienstreisen der Beamten nicht zu Einnahmequellen für die Beamten machen. Auch wir wollen, nachdem die Personentarife für die Eisenbahnen wesentlich herabgesetzt sind, die Entschädigung für die Dienstreisen herabsetzen. Indessen scheint uns der Antrag nicht vollständig zu sein, weil er bloß die Herabsetzung der Tarife für die Eisenbahnen und Dampfschiffe will. Auch die Tagegelder für Benutzung der Posten sind zu hoch normirt. Indessen darf man auch den Beamten nicht schlechter stellen, als seine thatsächlichen Ausgaben für Dienstreisen betragen; wir wollen nicht Dienstreisen deshalb unterbleiben lassen, weil sie zu schlecht honorirt sind. Ich beantrage zur näheren Feststellung der Verhältnisse die Ueberweisung des Antrages Richter an die Budgetkommission.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Malzahn: Darin muß man ja dem Antragsteller unbedingt beipflichten, daß die Reisediäten für die Beamten keine Einnahmequellen bilden sollen: andererseits aber dürfen die Dienstreisen der Beamten auch dadurch nicht eingedämmt werden, daß man die Diäten zu gering bemißt, weil sonst, namentlich bei vorgerücktem Lebensalter der Beamten, Dienstreisen oft leicht unterbleiben könnten. In dieser Beziehung berücksichtigt der Antragsteller nicht, daß außer den direkten Reisekosten noch eine Reihe anderer Unkosten mit jeder Reise verbunden sind. Außerdem ist der Antrag Richter unvollständig, weil er nur die Personentarife der Beamten und nicht die Beförderung des Gepäcks berücksichtigt. Ob die Sache geregelt werden kann im Sinne des Antragstellers, ist mir sehr zweifelhaft.

Abg. v. Strombeck (Z.): Ich kann der Tendenz des Abgeordneten Richter nur voll und ganz beitreten. Der Verdacht, daß unnöthig, um Reisediäten zu erhalten, die Beamten Dienstreisen machen, besteht unzweifelhaft, und diesem Verdacht wollen wir entgegentreten.

Abg. Richter (dfr.): Auf den Antrag haben mich bestimmte Fälle parlamentarischer Praxis aufmerksam gemacht. Ich erinnere mich z. B., daß im preußischen Abgeordnetenhause die Stelle eines neuen Senatspräsidenten abgelehnt wurde, weil allgemein die Meinung vorhanden war, die Stellung könnte entehrt werden, wenn der Oberlandesgerichtspräsident nicht so viele Reisen unternähme, Reisen, die man in ihrer Häufigkeit nicht verstehen würde, wenn nicht damit ein finanzieller Effekt verbunden wäre. So könnte man in fast jedem Ressort bestimmte Personen aufzählen, deren Reisen anders nicht zu erklären sind. Daß in der Verwaltung selbst eine Herabsetzung der Entschädigung nicht erwogen worden ist, begreife ich. Für eine solche Herabsetzung sind wir eben da. Sie hat die Pflicht, heranzusetzen. Aber es ist doch Zeit, unsererseits die Initiative zu einer solchen Herabsetzung zu ergreifen. Auch die Offiziere haben die Nothwendigkeit nicht begriffen, die Rationen für Pferde abzuschaffen, die nicht gehalten werden, und da haben wir auch die Initiative ergriffen. Die Posten habe ich nicht besonders erwähnt, weil die Kosten solcher Reisen minimal sind. Die sonstigen Unkosten können nicht bei den Reisegeldern, sondern bei den Tagegeldern in Anrechnung gebracht werden. Gegen den Vorschlag einer Verweisung an die Kommission hätte ich nichts einzuwenden (Beifall links).

Abg. v. Kardorff (Rp.) behauptet unter Bezugnahme auf die Interpellation Laurin der französischen Deputirtenkammer über den Goldvorrath der Bank von Frankreich, daß die Reichsbank der Bank von Frankreich gegenüber an der Beschränkung in der ungedeckten Notenausgabe leide. In Rückwirkung davon gingen die Anleihen bei uns nicht so glatt wie in Frankreich. Redner geht sodann auf die Frage der Goldwährung ein und vertritt die Ansicht, daß nur eine Wiederherstellung des Silberwerths unsere Finanzverhältnisse gesunden könne. Das Goldguthaben Rußlands im Auslande betrage jetzt 25 Millionen, und die Zurückziehung eines solchen Guthabens sei die unmittelbare Ursache für den Fall des Bankhauses Baring Brothers gewesen. Redner fragt, wie sich die verbündeten Regierungen die Lage in einem Kriegsfalle denken, wenn der englische Markt den deutschen Anleihen verschlossen werde. Unsere Währungszustände würden immer haltloser durch das starre Festhalten an der Goldwährung. Wir hätten alle Veranlassung, mit den Vereinigten Staaten in Verbindung zu treten über die mögliche Rehonstituirung des Silbers.

Abg. Bamberger (dfr.): Prinzipiell hat die deutsche Bank dieselbe Form wie die französische, aber der Unterschied ist der, daß diese Staats-, jene Aktienbank ist. Ein Vergleich zwischen beiden läßt sich nicht ziehen. Die Kenntniß des Abg. v. Kardorff von dem Bankwesen scheint um 20 Jahre zurück zu sein. Uebrigens ist auch in Frankreich die Emission ungedeckter Noten beschränkt, also ist der in dieser Beziehung gegen Deutschland gerichtete Vorwurf gänzlich unangebracht. Wenn der Metallvorrath in Frankreich viel größer ist als bei uns, so ist nicht zu vergessen, daß auch sein Notenumlauf ein viel größerer ist. Ein Grund für eine Verhandlung über diesen Gegenstand ist nicht vorhanden, und wenn Herr v. Kardorff die Versammlung in die Drangsale einer Währungsdebatte hineinziehen will, so habe ich keinen Antheil daran. Wir sind auch jetzt überzeugt, die verbündeten Regierungen ebenso wenig wie irgend jemand im Volke denken an eine Aenderung der bestehenden Währung. Herr v. Kardorff steht allein und kann also einen Anspruch auf Originalität machen. (Heiterkeit.) Die Befürchtungen, die bei Beibehaltung des jetzigen Systems seit Jahren ausgesprochen wurden, haben sich noch nie erfüllt, und darum haben wir auch jetzt keine Angst. Wenn Herr v. Kardorff auf die Silbervorgänge in Amerika und England hingewiesen hat, so vergißt er, daß es sich hier lediglich um Spekulationen handelt. Herr v. Frege, der Gesinnungsgenosse des Herrn v. Kardorff, hat gerade diese Vorgänge verurtheilt und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910128010/fragment/page=0002

zwar mit den allerschwersten Angriffen. Die Arbeit des amerikanischen Kongresses als ein Vorbild für Deutschland hinzustellen, diese Mühe hätte sich Herr v. Kardorff paren können. Die Frage der freien Silberausprägung in Amerika ist lediglich eine Spekulation der Silberproduzenten, das beweist am allerbesten die daselbst erhobene Forderung, diese Ausprägung auf amerikanisches Silber zu beschränken. Es war von uns 1879 sogar ein Fehler, mit dem Verkauf unseres Silbers ganz aufzuhören, und es wird gerathen sein für die deutsche Regierung, mit jenem Verkauf wieder fortzufahren, wenn die Preise wieder steigen. Der Zustand unserer Zinsenzahlung würde etwas weniger nervös sein, wenn unser Metallvorrath nur aus Gold bestände. Vor 15 Jahren wurde die Behauptung aufgestellt, daß das Gold der Erde bald erschöpft sein werde, und man nannte unsere Währung eine kurze Decke. Nun, diese Decke hat sich als genügend lang bewiesen. Seit jener Zeit hat die Goldproduktion so zugenommen, daß sie noch immer den Bedürfnissen des Weltverkehrs genügt. Wenn alle Länder Goldwährung hätten, so würde man sich viel beruhigter das Gold gönnen, als es jetzt der Fall ist, wo, wie in Amerika, das Gold in der Furcht vor den schwankenden Verhältnissen möglichst verteckt wird.

Herr v. Kardorff hat aus unserem Kredit im Auslande schlimme Folgerungen gezogen. Wünscht er denn solche Institutionen nicht, die es ermöglichen, einen gegenseitigen Kredit zu beanspruchen und zu gewähren? Und wenn wirklich 300—400 Millionen plötzlich zurückgezogen werden aus den Bankdepots, so ist das doch nur ein Pappenstiel (Heiterkeit) gegenüber den Milliarden, welche zwischen den einzelnen Ländern kursiren. Als Fürst Bismarck ging, glaubte man, unser europäischer Kredit würde erschüttert werden, heute haben wir mindestens ebenso viel Kredit wie damals. Nach meiner Meinung ist überhaupt unser Verhältniß zum Ausland seit jener Zeit fester, und der Frieden im Innern noch viel fester geworden. (Bravo! links.)

Durch die Goldwährung, welche eine leichte Beweglichkeit gestattet, ist es möglich, großen Krisen erfolgreich zu begegnen, und in der That sind in den Ländern mit Goldwährung weniger Krisen als in denen mit Doppel- oder gar mit Papierwährung. Die Goldwährung erleichtert den Verkehr in hohem Grade, und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß eine Hungersnoth bei uns nicht vorkommen kann. Gerade die leichte Ueberwindung der Krise Baring in wenigen Wochen nur durch Zeichnung eines Garantiefonds ist der Goldwährung zu verdanken, und schon heute ist der offizielle Zinsfuß in London $3\frac{1}{2}$, in Wirklichkeit nur $1\frac{1}{2}$. Gegen Schwindel ist freilich kein Kraut gewachsen, aber gerade unser solides Gold ist im stande, einem solchen Schwindel vorzubeugen. Wenn die Leute in große Spekulationen gehen und das Maßhalten vergessen, werden sie gemahnt, daß nicht ungemessenes Geld in der Welt ist, sondern nur ein gewisses Quantum zur Verfügung steht.

Alles in allem brauchen wir nicht das geringste Unsicherheitsgefühl gegenüber unserem Status quo zu hegen. Wir haben mit unserer Goldgesetzgebung ein gutes und dauerhaftes Werk geliefert, und an diesem mitgenbeitet zu haben, wird ein mein ganzes Leben noch ein erhebendes Gefühl sein. (Beifall.)

Staatssekretär Freih. v. Malzahn: Eine Erschütterung unserer Bank- und Geldverhältnisse ist durch die russischen Deposeinziehungen nicht erfolgt. Die Amerikaner haben ihre Währungspolitik für sich, und haben gar keine Lust, mit Europa in eine münzpolitische Verbindung zu treten. Die neueren Vorgänge in Amerika haben uns auch dazu nicht veranlassen können, eine Aenderung unseres Systems vorzunehmen. Unsere Währungsverhältnisse sind ja allerdings noch unvollkommen, weil wir noch viel Silber haben, aber diese Unvollkommenheit hat durchaus keinen Einfluß auf die gesammten Geldverhältnisse.

Reichsbankpräsident Koch: Die Befürchtungen, die früher an die Beschränkung der Notenausgabe der Reichsbank geknüpft waren, haben sich als vollkommen haltlos erwiesen. In Frankreich nimmt Niemand den Abg. Lauer ernst. Nun hat sich auch gerade eine gewisse Agitation für weitere Beschränkung des ungedeckten Notenumlaufes geltend gemacht. Andererseits muß man auch bedenken, daß die Reichsbank unser ganzes Zahlungswesen umgestaltet hat. Die meisten Zahlungen werden nicht in Baar, sondern durch den Giroverkehr gemacht, der im vorigen Jahre bei der Reichsbank sich auf 79,000 Millionen Mark belief. Die Reichsbank hat außerdem in allen größeren deutschen Städten Abrechnungsstellen eingerichtet, durch welche große Forderungen der Banken kompensirt werden. Die Reichsbank ist auf diese Weise durch ihren Giroverkehr und den Wechseldiskont das Rückgrat des gesammten deutschen Finanzwesens geworden. Der Goldvorrath der Bank von Frankreich ist allerdings größer, aber man muß bei uns doch auch den Goldvorrath der Privatnotenbanken mit ca. 80 Millionen und den Kriegsschatz mit 120 Millionen hinzurechnen, und bringt man den Goldvorrath in Vergleich mit den umlaufenden Banknoten, so sind unsere Noten weit besser mit Gold gedeckt, mit 85 Proz. gegen 26 in Frankreich. (Hört, hört!) Die Reichsbank ist stets bestrebt gewesen, ihren Goldvorrath auf der richtigen Höhe zu halten durch Ankauf von Gold und durch ihre Diskontopolitik. Wir haben auch stets die Goldanforderungen erfüllen können; es ist niemals Gold verweigert worden, und auch in absehbarer Zeit werden wir in der Lage sein, stets in Gold unsere Zahlungen zu leisten. Die französische Bank dagegen befolgt eine Praxis, die man uns gegenüber nicht zulassen würde. Da sie neben ihrem Goldvorrath einen sehr hohen Silbervorrath hat, verfährt sie sehr skrupulös in Bezug auf Ausgabe von Gold; sie unterlegt die Gründe für die jedesmalige Verwendung des Goldes, und wenn sie zu einem ungünstigen Urtheil gelangt, erhebt sie Prämien dafür. Sie giebt auch häufig Gold heraus, das nicht mehr vollwichtig ist, während unsere Goldmünzen fast alle vollwichtig sind.

Ueber etwaige Zurückziehung der russischen Guthaben haben ja im Anschluß an die Katastrophe Baring große Besorgnisse geherrscht, die aber jetzt schon verschwunden sind. Die russischen Guthaben an den verschiedenen Börsen betragen ungefähr 600 Millionen Mark, von denen, wie wir gehört haben, auf Deutschland nicht über 80 Millionen entfallen. Uebrigens waren auch zur Zeit der Silberwährung die russischen Guthaben stets erspriessliche. Daß wir russisches Gold im Lande haben, ist an sich durchaus nichts Bedenkliches, sondern es beweist, daß man im Auslande Vertrauen zu unseren Verhältnissen hat, und es trägt dazu bei, den Preis des Goldes billiger zu gestalten. Der Zinsfuß ist daher auch lange Zeit ein billiger gewesen, und auch neuerdings sind wir wieder in der Lage gewesen, den höheren Diskontsatz um $1\frac{1}{2}$ Proz. herunterzusetzen, und wir werden vielleicht noch weiter heruntergehen können. Unser Goldstand ist jetzt auf demselben Standpunkt, wie ungefähr vor Jahresfrist.

Unser Thalervorrat ist seit 1879 um ca. 100 Mill. Mk. zurückgegangen, ein Beweis, daß man den Thaler im Verkehr noch ganz gut brauchen kann. Er dient hier als Ersatz für fehlende Scheidemünze. Wir haben auch noch einen wesentlichen Bestand von österreichischen Thalern, die, da die österreichische Valuta höheren Werth hat als Silber, vielleicht noch günstig abgestoßen werden können. Es liegt also durchaus kein Anlaß vor, eine Aenderung unserer Währung zu wünschen (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. v. Frege (kons.): Ich begreife es wohl, daß der Staatssekretär keine Veranlassung gefunden hat, mit den Vereinigten Staaten offiziell in Verbindung zu treten, aber ich bedauere, daß er sich nicht über die Bewegung unterrichtet hat, welche in weiten Kreisen des Volkes und nicht in den schlechtesten über diese Frage herrscht. Es wird in den nächsten Jahren unbedingt zu einem internationalen Kongreß über die Silberfrage kommen, und wir wünschen, daß dann Deutschland nicht unvorbereitet sich. Viele Bevölkerungsklassen in Deutschland haben ein dringendes Interesse an der Wiederherstellung der Silberwährung.

Die Bedenken des Abg. v. Kardorff sind von keinem Redner beseitigt worden. Der Hinweis auf das blühende England mit seiner Goldwährung ist ein verfehlter, denn die Verhältnisse desselben sind wegen seiner indischen Kolonien ganz andere. Die Bewegung in Amerika ist keine bloße Spekulationsbewegung, sie ist dieselbe, die wir seit einem Jahrzehnt in Europa und Amerika haben; sie ist eine berechtigte, der Fehler der Amerikaner besteht nur darin, daß sie die Sache im eigenen Lande regeln wollen, während ich glaube, daß die Frage nur durch internationale Vereinbarungen geordnet werden kann.

Abg. v. Kardorff bezweifelt, daß dieser Goldvorrath auf die Dauer ausreichen werde. Infolge des Drucks der Silberpreise könne man bei den Anleihen schon von verschleiertem Wucher sprechen. Am schlimmsten werde sich das im Kriegsfalle zeigen, und im Kriege sei Silber immer noch besser als gar kein Geld.

Damit schließt die Diskussion zu Tit. 1. (Staatssekretär). Der Antrag Richter wird an die Budgetkommission verwiesen.

Bei dem Titel „Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen" regt

Abg. Dr. Buhl (natl.) eine Erhöhung des Fonds an, um eine Erhöhung der Pension von Militärinvaliden im Falle gesteigerter Erwerbsunfähigkeit zu ermöglichen.

Staatssekretär v. Malzahn erklärt, daß eine solche Erhöhung nicht geboten sei, da bis jetzt die Nothwendigkeit sich noch nicht herausgestellt habe und der Fall noch nicht vorgekommen sei, daß wegen Mangel an Mitteln ein Gesuch abgeschlagen werden mußte.

Abg. Rickert spricht sich nach dieser Erklärung gegen eine solche Erhöhung aus.

Generallieutenant Stockmarr erinnert daran, daß auch im Jahre 1884 dieser Fonds für diejenigen erhöht worden sei, bei welchen sich nachträglich eine durch den Krieg erfolgte Schwächung der Erwerbsfähigkeit gezeigt habe. Dies habe aber ein massenhaftes Andrängen erzeugt, das zweifellos in den meisten Fällen nicht berechtigt war.

Der Titel sowie der Rest des Etats wird bewilligt.

Das Haus vertagt hierauf die Fortsetzung der Etatsberathung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß: gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 26. Jan., 11 Uhr.

Das Haus genehmigt debattelos in zweiter Berathung die Novelle zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die östlichen Provinzen und in erster und zweiter Lesung den Entwurf betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Rinn.

Der Entwurf betr. die Emeritirungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche für Schleswig-Holstein wird in erster Berathung erledigt. Die zweite Berathung wird unmittelbar im Plenum stattfinden.

Der Gesetzentwurf betr. die Aufsicht führenden Amtsrichter wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Bericht über die bisherige Ausführung von Bestimmungen verschiedener Gesetze über den Erwerb von Privateisenbahnen wird in einmaliger Berathung durch Kenntnißnahme erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. — T.-O.: Interpellation Motty über die Auswanderung nach Brasilien, Antrag Korsch, betr. den Looshandel.

Schluß $11\frac{3}{4}$ Uhr.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 26. Jan., 12 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation v. Woyrsch: ob und welche Maßregeln die Regierung gegen das drohende ganz außergewöhnliche Hochwasser mit einem wohl noch nicht dagewesenen Eisgang angeordnet hat.

v. Woyrsch begründet seine Interpellation mit dem Hinweis darauf, daß von Maßnahmen der Regierung noch nichts bekannt sei.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Maybach: Die Staatsregierung hat alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um der Gefahr möglichst vorzubeugen, ergriffen. Sie hat die Eiswehr und die Hauptwasserwehr in Aktion gesetzt und mobil gemacht, um bei drohender Gefahr sofort zum Ausrücken bereit zu sein. Die Maßnahmen konnten um so schneller ergriffen werden, als die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten schon seit dem vorigen Jahre über die zu ergreifenden Maßregeln genau instruirt sind. Es wird in jeder Provinz einheitlich vorgegangen und unter Mitwirkung von technischen Beamten, Wasserinspektoren, Verwaltungsbeamten usw. Es ist eine bis ins Einzelne gehende Organisation geschaffen, die auf den Erfahrungen der früheren Jahre beruht. Der Oberpräsident steht an der Spitze dieser Organisation und die Telegraphenämter haben für bezügliche Mittheilungen auch Nachtdienst. Außerdem ist am 10. d. M. an die Behörden eine nochmalige Mahnung erlassen worden. Ueberall, außer an der Weichsel, befinden sich alle Kräfte bereits in Thätigkeit. Der Kaiser hat auch seine landesväterliche Fürsorge bewiesen durch Anweisungen an die Militärverwaltung zur Hilfeleistung. Die Regierung hat sich auch mit den angrenzenden Ländern in Verbindung gesetzt. Es ist also alles gethan, um der drohenden Gefahr entgegenzutreten. Insbesondere ist die Thätigkeit auf die Freimachung der Mündungen gerichtet. Bis jetzt sind auch Besorgnisse noch nicht vorhanden. Die Beamten werden ihre Pflicht thun, aber auf die Kosten darf es nicht ankommen. Jedenfalls sind wir nicht entmuthigt. Nach einem an den Kaiser gelangten Telegramm von gestern ist der Rhein mit seinen Nebenflüssen ziemlich eisfrei gemacht. So hoffen wir, daß der Verlauf in diesem Jahr noch ein verhältnißmäßig günstiger sein wird. (Beifall.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Der Gesetzentwurf betr. die Heranziehung der Fabriken mit Vorausleistungen für den Wegebau in der Provinz Brandenburg wird mit einigen von der Kommission vorgeschlagenen Abänderungen ohne erhebliche Debatte angenommen; ebenso debattelos der Gesetzentwurf betr. die Vereinigung Helgolands mit der preußischen Monarchie.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß $1\frac{3}{4}$ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die unerwartete Auflösung des Reichsrathes hat überall die größte Verwunderung hervorgerufen. Ueberzeugt, daß die Regierung endlich eine Entscheidung treffen mußte, dachte doch niemand an Auflösung, da die Legislaturperiode ohnehin im Frühling abläuft. Das Wahlprogramm der Regierung beweist, daß es sich nicht um eine Aenderung des Systems, sondern nur um die Schaffung einer neuen konservativen Mehrheit handelt. Man vermuthet, daß die Regierung, welche vor kurzem mit dem deutschen Großgrundbesitz in Fühlung trat, bestrebt sein werde, diesen für die Mehrheit zu gewinnen, event. sogar durch Vertretung im Kabinet, und so den wahrscheinlichen Verlust durch die sichere Wahl zahlreicher Jungtschechen wettzumachen. In offiziösen Kreisen behauptet man, Graf Taaffe wolle durch Neuwahlen vollständig freie Bahn schaffen und bezwecke thatsächlich nichts anderes, als die Probe auf sein System zu machen. Man deutet sogar an, daß die überraschende Auflösung einem höheren Wunsche entspreche. In Abgeordnetenkreisen befestigt sich die Anschauung, die Regierung warte nur den Ausfall der Wahlen ab, um sich unter Modifizirung ihres Programms der Linken zu nähern, da sonst die gewünschte Majorität kaum erhältlich sein dürfte. Die neuen Wahlen sind bereits für die erste Woche des März ausgeschrieben.

Die wiener „Presse" veröffentlicht eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Manu.

Letzterer bezeichnete sein Kabinet als ein Kabinet der Arbeit, welches sich die Finanzverhältnisse des Landes, die Wehrhaftigkeit desselben und die Hebung des Handels und der Industrie zur Aufgabe gemacht habe. Die nächste Aufgabe sei die Reform der inneren Verwaltung, sodann die Fortsetzung der Konvertirung der noch restirenden 6proz. Rustical-Anleihe, sowie die Einführung von rauchlosem Pulver. Von der Vortrefflichkeit der Repetirgewehre sei der Minister noch nicht vollständig überzeugt. Was die Handelsverträge angehe, so dürften dieselben das Parlament noch in dieser Session beschäftigen. Die Dispositionen bezügl. der Regelung der handelspolitischen Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn seien auf beiden Seiten günstige, sodaß das Zustandekommen einer Verständigung noch in d. J. zu erhoffen sei. Auf die allgemeine politische Lage übergehend bemerkte der Minister, die größten Staaten setzten ihre Rüstungen fort, da müßten auch die kleinen Staaten an ihre Erhaltung denken. In dem Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Petersburg erblicke er ein eminent friedliches Symptom.

In Lemberg versammelten sich am Sonntag zur Erinnerung an den polnischen Aufstand hundert Studenten und Arbeiter, polnische nationale Lieder singend. Die Polizei versuchte, unter Assistenz von Militär, den vorbereiteten Fackelzug zu verhindern. Mehrere Studenten wurden verhaftet.

Schweiz. In Zürich fand gestern eine Konferenz der schweizerischen Arbeiterverbände statt, welche beschloß, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu betrachten und auf den zehnstündigen Normal-Arbeitstag hinzuwirken.

Im Kanton St. Gallen wurde im dritten Wahlgang der demokratische Kandidat Steiger mit 5694 Stimmen zum Mitglied des Nationalraths gewählt. Der Kandidat der Liberalen, Suter, bisher Präsident des Nationalraths, erhielt 5524 Stimmen.

Frankreich. Die Deputirtenkammer bewilligte gestern einen Kredit von 150,000 Frcs. für die Ueberschwemmten am Senegal.

Die Budgetkommission bewilligte 500,000 Frcs. für die Ausgrabungen in Delphi.

Die Zollkommission nahm die Vorschläge ihrer Subkommission in betreffs der Zölle auf Strohmatten, Spartowaare, Binsengeflechte, Strohhüte, Filzhüte, Kappen, Seidenfäden, Seidenbänder und Sammete. Der Zoll auf rein seidene Gewebe wurde auf 400 bezw. 600 Frcs. festgesetzt.

In der Kammer war gestern das Gerücht verbreitet, der Minister der schönen Künste würde wegen der Aufführung des Sardou'schen „Thermidor" interpellirt werden. Der Minister habe auf einen subventionirten Theater ein Stück zugelassen, welches eine Serie von Angriffen gegen die Revolution enthält. Große Aufregung herrscht in den Café's des Quartier Latin. Die Studenten sind entschlossen, in der zweiten Aufführung energisch zu protestiren.

In der Kathedrale zu Nimes sollte am Sonntag der Bischof von La Réunion, Fuzet, welcher jüngst dem Kardinal Lavigerie seine rückhaltlose Zustimmung zu dessen republikanischer Kundgebung ausdrückte, eine Messe lesen und dem Ritus gemäß von zwei Priestern assistirt werden. Letztere blieben jedoch aus, so daß der Bischof die Messe ohne Assistenz celebrirte. Von den Gemeindemitgliedern waren insgesammt nur 15 bei der Messe anwesend. Der „Temps" bringt diese Haltung der Geistlichkeit und der Bevölkerung von Nimes mit der politischen Kundgebung des Bischofs in Verbindung.

Italien. Aus Rom schreibt man uns: Alles Ernstes tragen die Radikalen sich mit der tollhäuslerischen Absicht, dem Whoor Oberdank hier auf dem Petersplatze ein Denkmal zu errichten! Mehrere Organe der Irredenta, voran die Capitale, erklären sich unter den heftigsten Ausfällen gegen die Regierung zur Annahme von Spenden bereit. Thatsächlich haben in Sizilien und in der Romagna, wo der „blonde Märtyrer" die glühendsten Anhänger zählt, die Sammlungen bereits begonnen. Selbstverständlich kann die Consulta ein solches Vorgehen nicht dulden, und wie verlautet, sollen die Schuldigen wegen Aufreizung gerichtlich verfolgt werden.

Wie ein genuesisches Blatt behauptet, hätte der Marineminister Befehl ertheilt, ein Geschwader von 4 Panzerschiffen und 15 Torpedobooten mit 4000 Mann in aller Eile zu mobilisiren.

England. Mc. Carthy und Sexton sind von Boulogne nach London zurückgekehrt. Zur Beilegung des Parteizwistes wurde, wie der Voss. Ztg. gemeldet wird, ein Ausgleich vereinbart, der indeß noch der Genehmigung der übrigen Mitglieder der Partei Mc Carthys bedarf. Die Lösung, welche O'Brien anstrebte, lief nur auf eine Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Parteigruppen bis zu den allgemeinen Neuwahlen zum Parlament hinaus. Parnell ist mit dieser Lösung einverstanden, ebenso sind es die gemäßigteren Mc Carthianer; nur die heftigeren Gegner Parnells, an deren Spitze Healy steht, dürften, wie gefürchtet wird, ihre Zustimmung zu dem Ausgleiche verweigern. Als erstes Friedenszeichen kann indeß die Unterdrückung des antiparnellitischen Organs „Insuppressible" betrachtet werden, welches am Sonnabend aufgehört hat zu erscheinen. Sollte die Waffenruhe ganz hergestellt werden, so würde Parnell seine Propaganda in Irland einstellen und, wie verlautbart worden, mit O'Brien nach Amerika gehen, um dort das Sammelwerk für Irland fortzusetzen.

Parnell hielt am Sonntag in Waterford eine Rede, in deren Verlaufe er die Homerulleforderung Irlands genau formulirte. Irland wünsche ein eigenes Palament mit voller Machtbefugniß, die Angelegenheiten Irlands zu regeln, ohne Eingriff in die Reichsprärogative, aber ohne ein englisches Veto außer dem Veto der Krone. Die Polizei müsse unter die Aufsicht des irischen Parlaments gestellt werden; es dürfe keine Reichs- oder militärische Polizei geben, das Parlament müsse auch zur Lösung der Landfrage befugt sein.

Die Delegirten der Eisenbahnbediensteten der Great-Western Eisenbahn hielten in Gloucester eine Versammlung ab und erklärten, nachdem sie sich vorher mit ihren Auftraggebern berathen hatten, die Antwort der Direktoren der Great-Western-Eisenbahn auf ihre Forderung von täglich zehnstündiger Dienstzeit an den sechs Wochentagen für ungenügend.

Nach einer Meldung aus Glasgow strengte die Direktion der Bahngesellschaft gegen die Führer des Ausstandes einen

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Sorgfältige und fachkundige
Einrichtungen von **Restaurants, Hôtels und Kliniken** zu den niedrigsten Preisen.
Entwürfe mit Muster-Ausstellungen gratis und franco. **J. Lewin.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910128010/fragment/page=0003

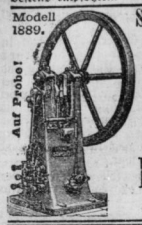
Betten. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und Kissen) per Stand 18 M., 21 M., 30 M., 36 M., 45 M., 50 M., 60 M. | **Bettfedern,** gute staubfreie Waare, per Pfund 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1½ M., 2 M., 2½ M., 3 M. etc.

Gebr. Fackenheim, Grosse Ulrichstrasse 13.

Maskenverleih-Institut.

Das **Maskenverleih-Institut** von **Söllner** befindet sich **Kleine Klausstraße 14,** 1 Treppe, und hält sich Privaten, Vereinen sowie Wirthen bestens empfohlen.

Modell 1889.



Auf Probe!

Sombart's Patent- **Gasmotor.**

Einfachste, billigste und geräuschlose Betriebskraft.

Ueber 1000 im Betrieb!
Mit ersten Preisen prämiirt!

Buss, Sombart & Co.,
Magdeburg (Friedrichsstadt.).

Soennecken's Schreibfedern,

In jeder Handlung vorrätig. 1 Auswahl (15 Federn) 30 ₰.

anerkannt vorzüglichste Qualität und Construction.
Ausführliche Preisliste mit Abbildungen auf Wunsch kostenfrei.
Berlin. F. Soennecken's Verlag. Bonn. Leipzig.

Wichtig für Hausfrauen.

Die Wollwarenfabrik von **Bernh. Curt Pechstein, Mühlhausen i/Th.** fertigt **aus Schafwolle, alten gestrickten** und **anderen Wollsachen** und **Abfällen haltbare und gediegene Kleiderstoffe** in den modernsten Mustern bei billigster Preisstellung und schneller Bedienung. Annahme und Muster bei **Heinr. Naue, Halle a. S., Wilhelmstraße 17.**

Kachelofen.

Für den Vertrieb unserer **Majolica-** und feinen **Salon-Oefen** suchen wir geeignete Vertreter.

Berlin C., Steinstrasse 26/28. **O. Titel's Kunsttöpferei,** Actien-Gesellschaft.

Gleim & Windmüller

Leipzigerstraße 95|96. — Fernsprecher 534.

Special-Conserven- und Delicatessenhandlung
en gros & en detail.

Alle Sorten Braunschweiger Gemüse,
nur leistungsfähigster Fabriken von den auserlesensten bis zu den billigsten Qualitäten zu äußersten Fabrikpreisen.
Vorzügliche Rheinische Compotfrüchte
in Gläsern und Dosen.
Marmeladen zur Füllung
per Pfund von 45 Pfg. an, ausgewogen per Pfund 50 Pfg.
Fleisch- und Fischconserven.
Deutsche, englische, amerikanische, französische Delicatessen aller Art zu billigsten Preisen.
Aufträge nach außerhalb werden prompt erledigt.
Ausführliche Preislisten verlange man gratis u. franco.

Der erste diesjährige große Transport Hannöverscher und Mecklenburger firm eingefahrener

Wagenpferde

ist bei mir eingetroffen. Es befinden sich 3 Paar ganz egale Rappen darunter.

Meyer Salomon, Halle a. S.,
Dorotheenstraße 6.

Von Donnerstag den 29. d. M. an steht ein großer Transport

Bayrischer Zugochsen

preiswerth bei uns zum Verkauf.

Gebr. Friedmann,
Halle a. S., Marienstraße 1a.

Von Dienstag den 27. d. ab steht ein großer Transport pa. hochtragender, sowie frischmilchender

Kühe

bei mir preisw. zum Verkauf.

Donnerstag den 29. d. treffen hierzu noch mehrere Wagenladungen **pa. bayrischer Zugochsen** ein.

Moritz Schloss, Halle a/S.,
Königstraße 23.

Tanz-Unterricht.

Zu meinem Montag den 26. Januar beginnenden II. Wintercursus für Abtheilungen und Einzelunterricht werden gefällige Anmeldungen jederzeit entgegengenommen.

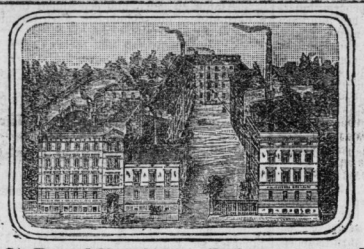
H. Wipplinger, Musik- und Tanzlehrer,
Forsterstraße 46, Ecke der Magdeburgerstraße.

Gothaer Lebensversicherungsbank.

Haupt-Agentur Halle (Saale) **Wilh. Rasch,** Schwetschkestrasse 1.

Das Schulden-Einziehungs- u. Auskunfts-Bureau **„Vorsicht"** befindet sich jetzt **Schmeerstrasse 31, I.**

Mehrfach prämiirt.



Mehrfach prämiirt.

Die **Dampf-Chocoladen-, Zuckerwaaren- und Honigkuchen-Fabrik** von

Bernhard Most, Halle a/S.,

welche mit den neuesten maschinellen Einrichtungen ausgestattet ist, empfiehlt ihre wegen Güte, Ausgiebigkeit und Billigkeit anerkannten vorzüglichen Fabrikate in

Chocoladen nach Vorschrift des Verbandes deutscher Chocoladefabrikanten.
Puder-Cacao, lose und in Büchsen, garantirt rein, leicht löslich, von hohem Nährwerth und ärztlich empfohlen für Kranke und Reconvalescenten, sowie

Zuckerwaaren in allen erdenklichen Arten.
Bonbons, ff. Dessert- und Schaumsachen.
Honigkuchen in allen gangbaren Sorten, mit **hohem Rabatt.**

Glycerin-Bonbons!

Als außerordentlich linderndes und wirksames Mittel gegen **Catarrhe der Athmungs-Organe,** sowie **Magenleiden leichteren Grades, Verdauungsbeschwerden, Blähungen** ꝛc. empfehle die von mir fabricirten

Glycerin-Bonbons.

Diese von Autoritäten der Medizin untersuchten und begutachteten Bonbons dürften als rasch helfendes Mittel in keinem Haushalt fehlen.

Bernh. Most, Halle a/S.,
Dampf-Chocoladen-, Zuckerwaaren- und Honigkuchen-Fabrik.

Nachstehende Sorten Saatgetreide,

mit Trieur doppelt sortirt, verkauft, **frei Bahnhof Merseburg,** die

Zuckerfabrik Körbisdorf.

Proben auf Verlangen. Säcke sind einzusenden oder werden zum Selbstkostenpreise berechnet.

	1000 Ko.	100 Ko.	
Noë Sommerweizen	ℳ 220	ℳ 23	liebt frühe Aussaat.
Hanna-Gerste	„ 220	„ 23	reift ca. 10 Tage früher als andere Sorten, sehr ertragreich, steif im Stroh.
Richardsons Chevalier-Gerste	„ 230	„ 24	feines Korn, reich im Strohertrag, die anspruchsloseste aller Chevaliergersten.
Schottische Chevalier-Gerste	„ 230	„ 24	sehr ertragreich in Körnern u. Stroh.
Webb's grannenabwerfende Gerste	„ 220	„ 23	wirft bei eintretender Reife die Grannen weg, ist steifhalmig.
Anderbecker Hafer	„ 180	„ 19	Frühhafer, gehaltreich im Korn, starker Strohertrag.
Victoria-Erbsen	„ 270	„ 28	mit der Hand verlesen.
Buscherbsen (Zuckererbsen)	„ 300	„ 30	reift früh, auch als Zwischenfrucht zu bauen.

Wichtig für Mütter und Magenleidende!

Gerlach's Kindernähr-Zwieback.

Versandt von **G. A. Gerlach, Bad Köstritz, Reuß.**

Durch Prof. Dr. Schweißinger-Dresden chemisch untersucht und von vielen Aerzten als das beste und bewährteste Nährungsmittel für Kinder und Reconvalescenten empfohlen. **à Packet 30 Pfg.**

Für **Halle und Umgegend** nur echt zu haben bei

Paul Evers, Gr. Ulrichstraße 50.

Wegen Aufgabe d. Ladengeschäftes

Ausverkauf

Brillen u. Klemmer,

gut sitzend, mit besten Gläsern, in **Gold, Gold-Doublé, Nickel, Stahl, Horn, Schildpatt, Kautschuk** von 1 Mark an.
Opern- und Reise-Gläser mit vorzüglicher optischer Wirkung.
Barometer, Thermometer ꝛc. in größter Auswahl zu billigen Preisen.

Emil Heynert,
Mechaniker und Optiker,
67 Obere Leipzigerstraße 67.
Reparaturen schnell u. gut.

M. Resch
Nähmaschinenhandlung
Gr. Ulrichstr. 47
empfiehlt pa. Singer-Nähmaschinen. 5 Jahre Gar. 70-75 ℳ Theilz. p. Woche 2 ℳ

Wiener Handschuh-Lager

Lina Sauerbier.

Geiststr. 57, vis-à-vis der Adlerapotheke

Ballhandschuhe in größter Auswahl, Zwirnhdsch. 30 u. 40 ₰., Halbseide 75 ₰., Neuseide gestickt, 8 Knöpfe 1. 2 ℳ, 1. Flordr., 12 Kn. lang, durchbrochen, nur 125 ₰., alle in feinsten Lichtfarben am Lager.

Winterhandschuhe wegen vorgerückter Saison: Trikothdsch. 6 Kn. 40 ₰., engl. Ringwoop nur 1 ℳ, Pelzhandschuh 3 ℳ, gefütterte Damenh. sowie Herrenh. 250 ₰., Offizierh. 125 ₰., Gamaschen 2,50 u. 3 ℳ, Krimmerhandsch., innen Leder, nur 3 ℳ, ohne Leder 2,50 ℳ

Chem. Handschuhwäscherei à Paar 15 ₰. Färberei nur schwarz 25 ₰.

Grosse Betten 12 M.

(Oberbett, Unterbett, **zwei** Kissen) **mit gereinigten neuen Federn** b. **Gust. Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 45, p. Preiscourante gratis und franko.

Viele Anerkennungsschreiben.

Der hydropath.-homöopathische

Selbstarzt.

Eine Anweisung f. Jedermann, sich bei Krankheiten durch homöopath. Mittel unter Mitgebrauch des kalten Wassers zu heilen von Dr. Griem. Pr. 1 Mk. Zu bez. durch **Hugo Peter, Alte Promenade 28.** Obiges Buch wurde auf der **Ausstellung f. volksthümliche Gesundheits- und Krankenpflege in Stuttgart 1890** prämiirt.

Bücher-Makulatur
kauft jeden Posten gegen baar
M. Oschmann, Antiqu., gr. Ulrichstr. 47.

21.

Kölner Dombau-Lotterie

Ziehung 23., 24. und 25. Februar
Nur baare Geldgewinne!
Hauptgewinne: Mk. 75,000, 30,000, 15,000, 2 à 6000 etc.
Orig.-Loose à Mk. 3,50.
D. Lewin, Berlin C.,
16 Spandauerbrücke 16.

Mittel

zur Kindererнährung.

Gerlachs Kinder-Nähr-Zwieback 30 ₰., **Nestlés Kindermehl, Kufekes Kindermehl, Timpes Kraftgries, Hafermehl von Knorr u. Timpe, Eichelcacao, Leguminose, cond. Milch.**

Paul Evers, Gr. Ulrichstraße 50.

Pretzsch (Kr. Merseburg).

Dienstag den 27. Januar (**Kaisers Geburtstag**) ladet zum **Pfannkuchenschmaus** und **Ball** freundlichst ein **Fr. Wolf.**

Bettfedern, fertige Betten, Matratzen, Bettstellen, Inlette zum Füllen

empfiehlt **H. C. Weddy-Poenicke, Leipzigerstraße 7.**

Permanente Ausstellung von ca. 40 fertigen Betten in allen Preislagen!

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910128010/fragment/page=0004